2020/27 Thema

https://www.jungle.world/artikel/2020/27/ein-geschichtsbild-wackelt

In den USA wanken nicht mehr nur die Statuen konföderierter Generäle

Ein Geschichtsbild wackelt

von **Larissa Schober**

Nach sich zuspitzenden Protesten baut man in den USA immer mehr politisch umstrittene Denkmäler zu Ehren der Generäle und der Armee der Südstaaten ab. Nun werden auch andere Denkmäler angegriffen.

So weit ist es gekommen: Am Montag voriger Woche versuchten Demonstrierende im Lafayette Park vor dem Weißen Haus, ein Reiterstandbild des siebten US-Präsidenten Andrew Jackson abzureißen; dieser war einer der Gründer der Demokratischen Partei. US-Präsident Trump beorderte daraufhin 400 Angehörige der Nationalgarde nach Washington, D.C. Am Freitag verkündete Trump auf Twitter, dass er ein »sehr starkes Dekret« (*executive order*) erlassen habe, um den Schutz der Denkmäler zu verbessern. Zuvor konnte in den USA die Beschädigung von Denkmälern bereits mit bis zu zehn Jahren Gefängnis bestraft werden. Die Verfügung des Präsidenten räumt der Verfolgung von Straftaten im Zusammenhang mit Denkmälern Priorität ein. Am darauffolgenden Tag wurde Anklage gegen vier Personen erhoben, die sich an dem Versuch beteiligt hatten, das Reiterstandbild vom Sockel zu stoßen.

> Seit 2015 wurden in den Südstaaten der USA mindestens 138 Konföderierten-denkmäler abgebaut, über 800 stehen aber weiterhin auf öffentlichen Plätzen.

Während der Proteste nach dem gewaltsamen Tod von George Floyd richtete sich die Wut der Demonstrierenden relativ schnell gegen Statuen zu Ehren von Generälen der Confederate States Army, der Streitkräfte der Südstaaten im Bürgerkrieg. Bereits am 31. Mai wurde in Birmingham, Alabama, das Standbild des Südstaatenoffiziers Charles Flinn umgestürzt. Den gesamten Juni über gab es Angriffe auf Statuen im ganzen Land.

Die Erinnerung an den US-amerikanischen Bürgerkrieg von 1861 bis 1865 ist besonders in den Südstaaten noch immer sehr präsent. Er kostete mehr US-Amerikanerinnen und -Amerikaner das Leben als jeder andere Krieg, an dem die USA beteiligt waren. In nicht wenigen Orten in den Südstaaten trifft man bis heute auf offen zur Schau gestellte Südstaatenflaggen und einen Geschichtsrevisionismus, der den Bürgerkrieg zum Freiheitskampf der Südstaaten um »ihre staatlichen Rechte« umdeutet, eine Formulierung, die davon ablenkt, dass es vor allem um den Fortbestand des Rechts in diesen Staaten ging, Sklaven zu halten. So kann es etwa passieren, dass man sich auf einer ehemaligen Plantage zunächst eine gut gemachte Ausstellung über die frühere dortige Sklavenhaltung ansieht, um dann im Souvenirladen revisionistische Bücher wie -

Leonard M. Scruggs' »The Un-Civil War« (2011) vorzufinden, die ein Bild von glücklichen Sklaven und dem heroischen Befreiungskampf des Südens gegen den diktatorischen Norden zeichnen.

Auch Statuen erinnern häufig auf affirmative Art an den Krieg und die Sezession des Südens, oft wird der konföderierten Armee oder einzelnen Generälen gedankt. Ein Denkmal in Charleston, South Carolina, beispielsweise steht an sehr prominenter Stelle am Hafen und trägt die Inschrift »Den konföderierten Verteidigern Charlestons«. An dem Denkmal werden immer wieder frische Blumen abgelegt. Wer die Denkmäler verteidigt, argumentiert häufig, dass sie den Schmerz über die vielen Toten des Krieges zum Ausdruck brächten. Die Motivation für ihren Bau war aber eine andere.

Die meisten dieser Denkmäler wurden zwischen 1890 und 1929 errichtet. In dieser Zeit wurden auch die berüchtigten Jim-Crow-Gesetze erlassen, die die Grundlage für die rassistische Segregation bildeten. Die Erinnerung an den »Old South« bot sich als identitätsstiftender Mythos an, da in diesem Bild auch der ärmste Weiße noch weit über jedem Schwarzen steht. James R. Grossman, der Geschäftsführer der American Historical Society, fasste die Beweggründe für den Bau der Statuen gegenüber dem Nachrichtenmagazin *Time* folgendermaßen zusammen: »Die Statuen stellen nicht nur die Vorherrschaft der Weißen dar, sondern der Zweck des Aufstellens der Statuen war die Aufrechterhaltung der Vorherrschaft der Weißen. Sie wurden in erster Linie gebaut, um die Zentralität der weißen Vorherrschaft in der Kultur des Südens zu bekräftigen.«

Nach dem Bürgerkrieg ordnete der ehemalige Nordstaatengeneral William T. Sherman nach Diskussionen mit Vertreten ehemaliger Sklaven an, dass jede Familie bis zu 40 Morgen fruchtbares Land entlang der Küste der Südstaaten erhalten sollte. Viele befreite Schwarze in den Südstaaten gingen daraufhin davon aus, dass ein Großteil des ehemaligen Großgrundbesitzes an sie verteilt werde, da sie das Land bestellt hatten. »40 Morgen und ein Maulesel« (Sherman verfügt später zusätzlich, dass den Familien Armeemaulesel geliehen werden sollten) wurde das Schlagwort für die ökonomische Entschädigung ehemaliger Sklaven und die Hoffnung auf eine gerechtere Zukunft.

Nach der Ermordung des republikanischen US-Präsidenten Abraham Lincoln nahm dessen zweiter Vizepräsident und Nachfolger, der Demokrat Andrew Johnson, die Anordnung jedoch zurück. Die weißen Landbesitzer erhielten den Großteil des Landes, das sie vor dem Bürgerkrieg besessen hatten, zurück. Viele Schwarze, die bereits Land erhalten hatten, wurden von diesem vertrieben oder im Laufe der folgenden Jahre enteignet. Häufig arbeiteten sie als Pächter für ehemalige Sklavenhalter. Die kurze Hoffnung auf einen gerechteren Neubeginn wich einer bitteren Enttäuschung, die sich mit der brutalen Neuetablierung weißer Vorherrschaft durch die Jim-Crow-Gesetze, die Gewalttaten des Ku-Klux-Klans und ökonomische Diskriminierung vertiefen sollte.

Die Denkmäler erinnern also weniger an Leid, sondern sind vor allem aus einer klaren rassistischen Motivation errichtet worden und sollten Dominanz zum Ausdruck bringen. Deswegen richten sich die »Black Lives Matter«-Proteste gegen diese Denkmäler. An sich ist die Debatte über den Umgang mit der Erinnerung an den Bürgerkrieg, insbesondere in den Südstaaten, nicht neu. Sie schließt an vorangegangene Auseinandersetzungen über derartige Denkmäler, aber auch um die Umbenennung von Straßen und Militärbasen an, die die Namen von Generälen der Konföderierten tragen. Vor dem derzeitigen »Bildersturm« kochten diese Debatten zuletzt nach dem Massaker in einer Kirche in Charleston 2015 hoch, bei dem ein

Rassist neun Schwarze erschoss, sowie nach den Protesten in Charlottesville 2017. Seit 2015 wurden in den Südstaaten mindestens 138 Konföderiertendenkmäler abgebaut, über 800 stehen aber weiterhin auf öffentlichen Plätzen.

An ihnen entzündet sich nun die Wut über die Jahrhunderte währende Diskriminierung ebenso wie über die immer noch ausstehende ökonomische Entschädigung für die Sklaverei. Auch dies ist keine neue Diskussion – seit 1989 brachte John Conyers, ein afroamerikanischer Kongressabgeordneter der Demokratischen Partei, Jahr für Jahr einen Gesetzentwurf für eine solche Entschädigung ein, die sich auf Shermans Anordnung von 1865 bezieht. 2017 schied Conyers aus dem Repräsentantenhaus aus, danach brachte die demokratische Abgeordnete Sheila Jackson Lee die Vorlage immer wieder ein, die bis heute keine Mehrheit gefunden hat.

Mit den Angriffen auf das Reiterstandbild Andrew Jacksons und auf Statuen von Christoph Columbus gehen die Proteste über den bisherigen Rahmen hinaus. Es geht nicht mehr allein um jene, die den »Old South« verherrlichen. General Andrew Jackson, der den Krieg gegen die Briten Anfang des 19. Jahrhunderts erfolgreich beendete und von 1829 bis 1837 US-Präsident war, besaß auch Sklaven. Umstritten ist sein Andenken aber auch, weil er ab 1830 amerikanische Ureinwohner umsiedelte. Bis 1850 starben von etwa 80 000 Umgesiedelten zwischen 12 000 und 17 000. Viele verhungerten, da sie häufig zu wenig und nicht ausreichend fruchtbares Land erhielten. Außerdem wird Jacksons Populismus, der innenpolitisch das Kleinunternehmertum gegen die Banken stärkte, mit dem des derzeitigen Präsidenten verglichen. Das muss man verstehen, wenn Trump davon spricht, dass die Reiterstatue Jacksons »ein großartiges Denkmal« sei. Trump wirft den Demonstrierenden zudem Beliebigkeit und einen Angriff auf die gesamten USA vor. Letzteres stimmt insofern, als die Proteste eine Reihe inzwischen von vielen US-Bürgerinnen und Bürgern nicht mehr akzeptierter, aber nach wie öffentlich sehr präsenter US-amerikanischer Nationalmythen in Frage stellen.

© Jungle World Verlags GmbH